

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Namen des Kantons Basel-Stadt bei der Bundesversammlung gestützt auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung folgende Standesinitiative einzureichen:

"Mit dieser Initiative fordert der Kanton Basel-Stadt die Bundesversammlung auf, einen Erlass zu verabschieden, der in der Schweiz auf allen Finanztransaktionen, die von in der Schweiz basierten Finanzakteuren abgewickelt werden, die Erhebung einer Klimasteuer einführt (0.1% auf börslichem und ausserbörslichem Handel mit Aktien und Obligationen, 0.01% auf dem Handel mit Derivaten und strukturierten Produkten). Die Hälfte des Ertrages soll dabei für nationale Klimaschutzmassnahmen verwendet, die andere Hälfte überweist die Schweiz dem "Green Climate Fund" der UNO."

**Begründung:**

Klimawandel wird die Ärmsten zuerst treffen und er ist in weiten Teilen durch die reichen Länder verursacht. Sodann ist wohl ein Grossteil des im Zuge der Industrialisierung weltweit geschaffenen Wohlstands, direkt oder indirekt auf die Nutzung fossiler Brennstoffe zurückzuführen. Es ist somit nur folgerichtig, konsequent und generationengerecht, dass auch das Kapital einen Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels leistet.

Bereits mit der Erhebung einer minimalen Finanztransaktionssteuer könnte die Schweiz einen wichtigen Beitrag leisten, um die Klima-Katastrophe zu verhindern. Richtig ist, dass eine nationale Klimasteuer auf Finanztransaktionen nur der erste Schritt wäre. Genauso zutreffend ist aber, dass eine globale und global einheitlich erhobene Klimasteuer auf Finanztransaktionen einen entscheidenden Schritt der Weltgemeinschaft im Kampf gegen den Klimawandel darstellen würde. Genau darum und weil der Klimawandel ein globales Problem ist, enthält das formulierte Modell bereits einen internationalen Solidaritätsgedanken, gemäss welchem die Hälfte der Erträge dem "Green Climate Fund" der UNO zukommen würde.

Die erfolgreiche Schweiz hat die einmalige Chance, in diesem Bereich voranzugehen und eine Führungsrolle bei der Klimaschutzfinanzierung zu übernehmen. Sie hat die Ressourcen und das Know-how, in einem ersten Schritt ein nationales Klimasteuermode für Finanztransaktionen zu entwickeln, das dann von anderen Nationen einfach und schnell ebenfalls übernommen werden könnte.

Eine globale Klimasteuer auf Finanztransaktionen ist keine Lenkungsabgabe. Aber sie bindet das Kapital auf sinnvolle Art und Weise ein in den Kampf gegen den Klimawandel. Und sie verteilt die Last zur Verhinderung irreversibler Schäden gerechter. In Anbetracht der weltweiten Bestrebungen, die globale Erwärmung einzudämmen und der parallelen Erkenntnis, dass Klimaschutz nur funktioniert, wenn er sozialverträglich ausgestattet wird, besteht zudem heute die einmalige Chance, dass die Welt für eine Idee solidarisch zusammensteht.

Damit sich aber etwas bewegt, braucht es Mut. Wenn alle Nationen nur mit dem Finger auf die anderen zeigen und erklären, eine Klimasteuer sei zwar gut und sinnvoll, aber nur wenn sie global eingeführt würde, dann bewegt sich nie etwas. Es braucht jetzt Taten statt Worte.

Die Schweiz kann deshalb mutig, unbeirrt und furchtlos vorangehen und am eigenen Beispiel aufzeigen, dass eine solche Klimasteuer sinnvoll ist, dass sie viel bewegen kann.

Diese Standesinitiative ist insofern ein Anfang. Die Idee wird wachsen müssen, sie wird internationale Unterstützung und Nachahmer brauchen, aber sie hat das grosse Potential, weltweit effektiven und sozialverträglichen Klimaschutz entscheidend voranzubringen.

Christian von Wartburg, Sebastian Kölliker, Jo Vergeat, Thomas Grossenbacher